Beschlussvorlage	Vorlagen-Nr.: **VO/7013/2019** Status: öffentlich Datum: 13.09.2019
Dezernat: I Fachdienst: 7.2 Bürgerbeteiligung Sachbearbeiter/in: Sebastian Heidrich	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Entscheidung	Nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Universitätsstadt Marburg schließt sich dem „Hessischen Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“ an.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bürger*innen, Institutionen, Einrichtungen, Verbände und Unternehmen in der Universitätsstadt Marburg auf, sich ebenfalls dem „Hessischen Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“ anzuschließen.

Der Magistrat wird ermächtigt, bei den Marburger Bürger*innen, Institutionen, Einrichtungen, Verbänden und Unternehmen für eine Mitzeichnung zu werben.

Sachverhalt:
Die Unterzeichner des „Hessischen Plädoyers für ein solidarisches Zusammenleben“ treten für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft ein und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Grundlage von Menschenwürde, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit fördern. Sie treten jeder Form von Demokratiefeindlichkeit, Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Erniedrigung entgegen.

Diese Haltung ist in der Marburger Bevölkerung breit verbreitet. Dies zeigte unter anderem die Demonstration im September 2018 und dem Motto „#wirsindmehr – Marburg gegen Rechtsextremismus“. 7500 Menschen in Marburg setzten über alle Grenzen des Glaubens, der politischen Überzeugung und der Herkunft hinweg ein Zeichen gegen Rassismus und Ausgrenzung sowie gegen Hass, Hetze und rechtsextremes Gedankengut.

Vor diesem Hintergrund ermächtigte die Stadtverordnetenversammlung Marburg Ende September 2018 den Magistrat, „gemeinsam mit Akteuren der Zivilgesellschaft und der

Stadtverordnetenversammlung ein langfristig angelegtes Marburger Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu entwickeln“ (VO/6469/2018). Stadtverordnetenversammlung und Magistrat bekräftigen in dem Beschluss „ihre Feststellung, dass die Aufklärung von Menschen, das Abbauen von Vorurteilen und das Gestalten eines friedlichen Zusammenlebens gemeinsame Aufgabe von Kommune und Bürgerinnen und Bürgern sind“. Auf der Grundlage dieses Beschlusses erarbeitet derzeit der Magistrat den Entwurf eines „Handlungskonzeptes für Dialog und Vielfalt - Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit“.

Das Auseinandergehen der Schere zwischen Reichtum und Armut und eine Störung des Gerechtigkeitsempfindens führen zunehmend zum Auseinanderfallen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das ist ein Nährboden für extremistische Positionen und gefährdet langfristig demokratische Strukturen. Bereits seit einigen Jahren dominieren oftmals drastische und überzogene Darstellungen – oder plumpe Beleidigungen des politischen Gegenübers durch Extremisten. Das Klima wird angespannter – Hass und Hetze werden weiter in die Mitte der Gesellschaft getragen. Das Schweigen der Masse ist aufzubrechen. Rassismus und Menschenfeindlichkeit drohen auch in Hessen gesellschaftsfähig zu werden. Es gilt, die Aufmerksamkeit zu schärfen und sich mit der Gestaltung und der Zukunft unserer Demokratie auseinanderzusetzen.

Vor diesem Hintergrund haben sich Vertreter eines sehr breiten Spektrums der hessischen Zivilgesellschaft mit einem eindringlichen Hessischen Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben an die hessische Öffentlichkeit gewandt (Anlage 1). 52 Erstunterzeichner (Anlage 2), darunter führende Persönlichkeiten aus Verbänden und Institutionen, kommunalen Spitzenverbänden, Religionsgemeinschaften und Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wohlfahrt, Sport, Kunst und Kultur, wollen damit ein deutlich vernehmbares Zeichen setzen: Für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft, die Unterschiede und Vielfalt als Reichtum begreift. Gegen Diskriminierung und Hetze.

Die Unterzeichner des Plädoyers wollen einen Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung unserer Demokratie anstoßen und haben alle Demokraten in Hessen eingeladen, daran mitzuwirken.

Die Möglichkeit, das Hessische Plädoyer online zu unterzeichnen, ist auf http://chng.it/VybKJ8HBFh eingerichtet. Unterzeichnungen sind auch per E-Mail möglich: unterzeichnen@hessisches-plaedoyer.de.

Erstes Ziel ist, die Unterschriften von einer Million Menschen und 1.000 Organisationen zu erreichen. Es geht aber um mehr. Die Unterzeichner sollen zu einem Netzwerk werden, das sich gegenseitig unterstützt. Dort, wo Grenzen eines guten und fairen Miteinanders verletzt werden, soll sich dieses zu Wort melden, um das Vertrauen der Menschen in eine liberale und offene Demokratie zu fördern.

Der Hessische Städtetag hat im Juni 2019 beschlossen, das „Hessische Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“ zu unterzeichnen und an dem Netzwerk mitwirken.

Um Zustimmung wird gebeten.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Finanzielle Auswirkungen:
keine

Anlagen:
Der Text des Hessischen Plädoyers für ein solidarisches Zusammenleben sowie die Erstunterzeichner

Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie

Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

„Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“
Richard von Weizsäcker

1. Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie. „Die Menschenwürde ist unantastbar“ - dieser Grundsatz ist die erste und oberste Norm unseres demokratischen Staates. Er unterliegt einem absoluten Schutzgebot. Er ist Leitgedanke allen staatlichen Handelns und des gesellschaftlichen Zusammenlebens und ist nach allem, was durch Deutsche an Unmenschlichkeit und Hass geschehen ist, nicht verhandelbar. Es geht um das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und um Freiheit als Kern der Menschenwürde, aber auch um Gleichheit, Respekt und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Unsere Unterschiede und unsere kulturelle Vielfalt begreifen wir als Chance und Reichtum.

2. Gegenwärtig findet eine dramatische politische Verschiebung statt. Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind in erschreckendem Maße gesellschaftsfähig geworden. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, wird derzeit Realität. Viele Teile Europas sind von einer nationalistischen Stimmung, von Ausgrenzung und Entsolidarisierung erfasst. Widerspruch wird gezielt als realitätsfremd diffamiert, solidarisches Handeln von einzelnen Regierungen kriminalisiert. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und demokratischer Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.

3. Wir treten für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft ein und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Grundlage von Menschenwürde, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit fördern. Wir treten jeder Form von Demokratiefeindlichkeit, Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Erniedrigung entgegen. Wir wollen noch stärker als bisher die Anerkennung von Verschiedenheit mit dem Engagement gegen Ungleichheit verbinden, in Deutschland, in Europa und weltweit.

4. Wir setzen uns ein für ein offenes, demokratisches und solidarisches Europa, das der zunehmenden sozialen Ungleichheit stärker als bisher entgegenarbeitet. Wir verteidigen das Recht auf Leben und das Recht auf Schutz und Asyl. Wir engagieren uns für ein Europa, das sich auch seinem kolonialen Erbe stellt und seiner Verantwortung für eine solidarische Weltgesellschaft gerecht wird. Gerade in der Zeit der Krise gibt es keinen anderen Weg als die Solidarität zwischen den Menschen.

5. Wir wollen beitragen zu einem zukunftsfähigen Verständnis unserer Demokratie, das sich für bisher ausgeschlossene Menschen öffnet. Wir wollen neu verhandeln, was ein gutes demokratisches Miteinander ausmacht – ohne zum Beispiel Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte auszuschließen. Wir setzen uns für eine demokratische und gewaltfreie Streitkultur ein. Und wir schreiten ein, wenn die Grenzen eines guten, fairen und demokratischen Miteinanders verletzt werden.

Wir verpflichten uns, einen Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung unserer Demokratie anzustoßen und mitzutragen. Dabei stehen wir ein für Ehrlichkeit – auch gegenüber Fehlern, die im Miteinander einer sich schnell verändernden Gesellschaft gemacht werden.
Wir sehen dieses Hessische Plädoyer als Auftakt eines Prozesses. Wir wünschen uns, dass sich eine breite demokratische Mehrheit unseres Landes daran beteiligt.

Erstunterzeichner*innen:

- **Agai, Prof. Dr. Bekim**
  Direktor, Akademie für Islam in Wissenschaft und Gesellschaft (AIWG), Goethe-Universität Frankfurt a.M.
- **Ahrend, Prof. Dr. Klaus-Michael**
  Vorstand, HEAG Holding AG
- **Alinaghi, Dr. Yasmin**
  Geschäftsführerin, Der PARITÄTISCHE Hessen
- **Bauz, Gerd**
  Vorstand, Martin-Niemöller-Stiftung
- **Becker, Torsten**
  Stellvertretender Vorsitzender, Sozialstiftung des Hessischen Fußballs
- **Beger, Florian**
  Landesgeschäftsführer, Aidshilfe Hessen e.V.
- **Cakir, Prof. Dr. Naime**
  Sozial- und Religionswissenschaftlerin
- **Clausen, Dr. Harald**
  Vorstand, Diakonie Hessen
- **De La Rosa, Dr. Sybille**
  Projektleitung, Diakonie Hessen
- **Di Benedetto, Corrado**
  Stellvertretender Vorsitzender, agah-Landesausländerbeirat
- **Domnick, Thomas**
  Ehemaliger Diözesancaritasdirektor, Caritasverband für die Diözese Mainz e.V.
- **Droste, Martina**
  Schauspiel Frankfurt, Leiterin Junges Schauspiel
- **Dulige, Jörn**
  Oberkirchenrat, Leiter des Evangelischen Büros Hessen am Sitz der Landesregierung
- **Foraci, Ulrike**
  Geschäftsführerin, agah-Landesausländerbeirat
- **Fünfsinn, Prof. Dr. Helmut**
- **Gern, Dr. Wolfgang**
  ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Diakonie Hessen
- **Gieseler, Stephan**
  Geschäftsführender Direktor, Hessischer Städtetag
- **Gülegen, Enis**
  Vorsitzender, agah-Landesausländerbeirat
- **Hafeneger, Prof. Dr. Benno**
  Erziehungswissenschaftler, Philipps-Universität Marburg
- **Hammann, Torsten**
  AWO Bezirksverband Hessen-Süd e.V., Generalbevollmächtigter des Verbandes und seiner Gesellschaften

- **Hilligardt, Prof. Dr. Jan**
  Direktor, Hessischer Landkreistag
- **Jehn, Dr. Alexander**
  Direktor, Hessische Landeszentrale für politische Bildung
- **Jost, Wilhelm**
  Vorsitzender, AWO Hessen-Süd
- **Karabörklü, Atila**
  Landesvorsitzender, Türkische Gemeinde Hessen
  Bundesvorsitzender, Türkische Gemeinde in Deutschland
- **Karg, Michael**
  Vorsitzender, Martin-Niemöller-Stiftung e.V.
- **Klärner, Jörg**
  Diözesancaritasdirektor, Caritasverband für die Diözese Limburg e. V.
- **Knapp, Wilfried**
  Vorstand, Diakonie Hessen
- **Latasch, Prof. Dr. Leo**
  Vorstandsmitglied, Jüdische Gemeinde Frankfurt
  Vorstandsmitglied, Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)
- **Latzel, Dr. Thorsten**
  Direktor, Evangelische Akademie Frankfurt
- **Möller, Nils**
  Vorstandsvorsitzender, Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V., DRK –Landesverband Hessen
- **Neumann, Daniel**
  Direktor, Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen
- **Pax, Dr. Wolfgang**
  Leiter des Kommissariats der Katholischen Bischöfe im Lande Hessen
- **Praml, Willy**
  Regisseur und Leiter des Theater Willy Praml
- **Reuß, Stefan**
  Vorsitzender, Sozialstiftung des Hessischen Fußballs
- **Rudolph, Michael**
  Vorsitzender, DGB Hessen-Thüringen
- **Schelzke, Karl-Christian**
  Geschäftsführender Direktor, Hessischer Städte- und Gemeindebund
- **Scherenberg, Timmo**
  Geschäftsführer, Hessischer Flüchtlingsrat
- **Schmidt, Michael**
  Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Hessen-Nord
- **Stathopoulos, Alexandros**
  Geschäftsführung Region Frankfurt, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
- **Stöcker-Zafari, Hiltrud**
  Bundesgeschäftsführerin, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
- **Stöhr, Prof. Dr. Martin**
  Theologe
- **Valentin, Prof. Dr. Joachim**
  Direktor, Haus am Dom Frankfurt
- **Venske, Dr. Regula**
  Präsidentin, PEN Deutschland

- **Viktoria, Ralf**
  Stellvertretender Vorsitzender, Sozialstiftung des Hessischen Fußballs
- **Wagner, Dr. Thomas**
  Studienleiter, Haus am Dom, Katholische Akademie Rabanus Maurus
- **Wallmann, Dr. Walter**
- **Witt, Sandro**
  Stellvertretender Vorsitzender, DGB Hessen-Thüringen
- **Zimmermann-Freitag, Michael**
  Regionalgeschäftsführer, Der PARITÄTISCHE Hessen